

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 33 (1939)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Chronik.

Zürich, 10. Januar 1939.

I. Die Judenverfolgung. Die Verfolgung der Juden dehnt sich auf die ganze Welt aus. Ungarn erläßt trotz der heftigen Opposition der höheren Geistlichkeit gegen den Rassismus ein Judengesetz, welches die Juden endgültig von allen Beamtungen ausschließt, einen Numerus clausus für den Prozentsatz der jüdischen Angestellten festsetzt und besonders den Einfluß des Judentums auf die Presse beschneidet. Professor Liebermann, eine Weltautorität in der Augenheilkunde, nimmt sich infolge dieser Entwicklung das Leben. Andere folgen seinem Beispiel. In Italien treibt besonders Farinacci vom „Regime fascista“, mit Unterstützung namentlich von Professoren, die antisemitische Bewegung vorwärts. Hier wird besonders der Selbstmord von Professor Formiggini von Modena gemeldet, der sich von einem Turm herunterstürzte. Polen und Rumänien sind schon längst am Werke. Danzig muß natürlich dabei sein. Ebenso Franco-Spanien. In der Slowakei geht die Judenhetze mit dem Faschismus Hand in Hand. Auch in der Tschechoslowakei ist der Antisemitismus aufgekommen. (Mafaryk dreht sich im Grabe um!) In den Vereinigten Staaten hat der berühmte Father Coughlin daran wieder einen frischen Stoff für seine geistliche Demagogie bekommen. Auch Japan muß aus Kollegialität mehr oder weniger ernsthaft mitmachen. Die Seuche geht über die ganze Erde.

In Deutschland selbst scheint das neueste zu sein, daß das „Schwarze Korps“ für die Juden besondere Abteilungen in den Eisenbahnwagen, wie sie in Nordamerika für die Neger üblich sind, vorschlägt.

Eine Frucht der seelischen Erregung, worin die Verfolgung die Juden versetzt, ist der Vorfall in Lausanne, wo ein jüdischer Medizinstudent, durch unwichtige Dinge außer sich gebracht, einen Arzt der Klinik und dann sich selbst erschießt.

Unermeßlich nach Ausdehnung und Furchtbarkeit ist das Leid der Opfer, nicht zum wenigsten der Flüchtlinge.

Stark ist auch die Reaktion der Welt auf die ungeheure Schandtats, wenn auch nicht so stark, wie sie sein müßte. Baldwins Sammlung für die Flüchtlinge nimmt großen Umfang an, darf aber nicht über das Versagen des offiziellen England auch in dieser Sache hinwegtäuschen und ebensowenig über die Mitschuld Baldwins an dieser Entwicklung.

Die Vereinigten Staaten wehren sich für ihre jüdischen Mitbürger in Italien — jedenfalls mit Erfolg.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über das Schicksal der von jenem vertriebenen polnischen Juden scheitern.

In Palästina scheint sich eine Spaltung der Araber in gemäßigte und extreme wieder stärker herauszustellen. Der Chef der dem Mufti feindlichen Familie Naschabi hält in Hebron eine große Versammlung ab, die England ihre Loyalität versichert, aber freilich gegen eine noch größere der anderen durch das englische Militär geschützt werden muß.

Daß die Auflehnung des Islam gegen Italien vielleicht die Lage günstig beeinflussen kann, ist schon anderwärts bemerkt.

II. Deutschland. Was man aus Deutschland vernimmt, ist wesentlich zweierlei:

1. Einmal das Walten des Terrors. Noch abgesehen von dem Judenpogrom. Besonderes Aufsehen erregt ein Hochverratsprozeß, der sich vor dem „Volksgericht“ in Berlin abspielt. Er richtet sich gegen einen sozialdemokratischen Kreis „illegaler Arbeiter“, an dessen Spitze der ehemalige Studienassessor Doktor Philippson steht. Die wundervolle Tapferkeit und Ehrlichkeit der Angeklagten macht einen tiefen Eindruck.

Diesem Prozeß tritt der schon letztes Mal erwähnte gegen *Ernst Niekisch*, den ehemaligen Gewerkschafter und Sozialdemokraten und späteren Führer des „Nationalbolshewismus“ zur Seite. Er und sein Kreis werden nicht nur des Hochverrates, sondern auch der Vorbereitung von Attentaten auf Hitler und seine „Paladine“ angeklagt. Ob mit Recht? Niekisch ist zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Ob man nicht bald von seinem „Selbstmord“ hören wird? Denn er hat Hitler bekämpft, und das vergißt und verzeiht dieser nie.

Befonders scheußlich ist das Vorgehen gegen den Arbeiter *Otto Schroeder*, der vor sieben Jahren — man bedenke! — in Berlin an einem Krawall zwischen Kommunisten und Nazisten beteiligt war, bei dem ein Polizeioffizier ums Leben kam. Er wurde damals freigesprochen, aber was bekümmert sich das „deutsche Recht“ um Schuld und Unschuld?

Ueber *Peter Forsters* noch entsetzlicheres Los ist anderwärts berichtet.

Ueber *Niemöllers* Schicksal erfährt man, es sei ihm die Freilassung angeboten worden, falls er verspreche, in seinem Wirken nicht mehr die Politik zu berühren. Man weiß, was das heißt. Er habe daraufhin auf die Freilassung verzichtet. Wenn das alles stimmt, so haben wir hier Heldentum und Märtyrertum größten Stils vor uns. Denn man weiß, was Sachsenwalde bedeutet. Es wird sogar berichtet, man gehe wegen Niemöller mit den Mitteln vor, die man an van der Lubbe ausprobiert habe.

Auch von *Schuschnigg* hat man wieder gehört. Ihm habe man ebenfalls die Freilassung angeboten, er habe aber die Bedingung gestellt, daß sie auch seinen Freunden zuteil werde. Auch das würde, wenn es richtig ist, diesen Mann sehr erhöhen.

Beide Male, wie auch im Prozeß Philippson, ein Licht hohen Menschentums mitten in Höllenfinsternis.

Gegenüber diesen und ähnlichen Vorgängen — wer kennt sie alle? — hat das Sterben von *Zeitungen* wenig zu bedeuten. Immerhin, wer weiß, was einst das „Berliner Tageblatt“, das Organ des „freisinnigen“ Bürgertums (man denke an Theodor Wolf), und die „Germania“, das Organ des Zentrums, später Herrn von Papens, bedeutet haben, wird von der Kunde über ihren nun auch äußerlichen Untergang bewegt sein.

Auch die „Wiener freie Presse“ hat eine große Geschichte hinter sich, wie die „Prager Presse“, von deren Eingehen anderwärts berichtet ist.

An Stelle dieses reichen, wenn auch nicht immer höchsten Lebens tritt Sumpf und Wüste und Franz Ehers Hitler-Verlag.

Daß Hitler noch eine neue, innerste, gefieberteste *Schutzgarde* erhalten habe, wirft ein bezeichnendes Licht auf dieses Bild.

2. Der zweite Hauptzug des Bildes ist die *Wirtschaftskrise und Wirtschaftsnot*. Die Aufrüstung erfordert eine fieberhafte Arbeitssteigerung. Die Arbeitszeit wird erhöht, ohne entsprechende Steigerung des Lohnes. Zu diesem Zwecke wird die soziale Schutzgesetzgebung, besonders die auf die Jugend bezügliche, teilweise aufgehoben und ein weibliches Arbeitsdienstjahr eingeführt. In das „Volk ohne Raum“ werden 25 000 auswärts tätige Dienstmädchen zurückgerufen, gerade wie Italien sogar 10 Millionen Auswanderer heimbeordert.

Das Regime der Ersatzstoffe und der Rationierung breitet sich unaufhörlich aus. Nun ist, nach der Butter, der *Kaffee* an der Reihe. Wie stark der Export gesunken ist, wurde anderwärts berichtet.

III. Zum Achsen-Kampf.

1. *Rumänien*: Es wird eine Einheitspartei gebildet unter dem schönen Namen „Front der nationalen Wiedergeburt“.

Das Attentat auf Goanga, den Rektor der Universität Klausenburg, durch die Eiserne Garde liegt weiter zurück.

2. *Polen*: Im Reichstag (Sejm) verlangen die polnischen Ukrainer die Autonomie.

Bei den Gemeindewahlen haben die Sozialisten große Erfolge errungen.

Der *Papst* hat sich gegen die Hitler-Agitation in der Ukraine gewendet.

3. *Ungarn* anerkennt Mandſchukuo.

4. Nächſtens ſoll *Ciano* nach Waſchau und Budapeſt kommen.

5. *Jugoslawien*: Das genaue Bild der *Wahlen* iſt folgendes: Für die Regierung rund 1 600 000 Stimmen, für die Oppoſition 1 300 000, alſo das Verhältnis von 54 % zu 46 %. Dafür bekommt nach dem famoſen Wahlſyſtem die Regierung 300 Sitze, die Oppoſition 70!

6. *Memel*: England und Frankreich erheben Einſprache gegen die Verletzung des Völkerbundsſtatuts durch die Nazi, natürlich ohne den geringſten Eindruck zu machen.

Hitler wolle die Memelfrage nicht forcieren, um ein Druckmittel für Litauen und Polen in der Hand zu haben.

7. *Tſchechoſlowakei*. Der franzöſiſche General *Faucher*, der Organifator der tſchechoſlowakiſchen Armee, der ſich ritterlich auf deren Seite geſtellt, beſtätigt in einem Interview, was man ſchon wußte: daß dieſe Armee monatelang allein der ganzen deutſchen Macht ſtandgehalten hätte und nur durch Verrat habe außer Spiel geſetzt werden können.

Mafaryks Bild darf nun in den öffentlichen Gebäuden bleiben, aber nur an untergeordneter Stelle.

Die deutſchen Hochſchulen in der Tſchechoſlowakei werden von Deutſchland finanziell unterſtützt und nach deutſchem Muſter geſtaltet.

Die ſogenannte *Emigrantenpreſſe* wird verboten.

8. *Spanien*: Franco hat bisher 142 engliſche Schiffe angegriffen, 44 Offiziere und Matroſen, dazu 3 Beamte, getötet, 64 Offiziere und Matroſen verletzt. Wenn das ein Negerdorf getan hätte!

III. *Andere weltpolitische Notizen*. In *Equador* ſind die üblichen Unruhen ausgebrochen.

Im *Jyriſchen* Parlament fordert man leidenschaftlich die Unabhängigkeit.

In Paris hat der lange Prozeß gegen die ſogenannte Plevitzkaja, d. h. die Gattin des Generals Skoblin, die mit dieſem der Entführung des weißgardistiſchen Generals Miller beſchuldigt wird, mit deren Verurteilung zu 20 Jahren Arbeitshaus geendigt.

IV. *Friedensbewegung*. Mit dem Norweger Doktor *Christian Lange* iſt ein durch Geiſt und Charakter ſehr hervorragender Vorkämpfer des Völkerrechtes und des Völkerbundes, wie der Friedensbewegung im allgemeinen geſchieden.

V. *Sozialismus*. In *Sowjet-Rußland* wird eine neue „*Arbeitsdiſziplin*“ eingeführt. Das *Weihnachtſpielzeug* ſei in ganz ungenügender Quantität und Qualität hergeſtellt worden. An Stelle des *Stachanowſystems*, d. h. der Mehrleiſtung *Einzelner*, ſoll eine 25prozentige Erhöhung der allgemeinen Arbeitsproduktivität treten.

In *Belgien* hat Spaak noch ein répit, eine Schonzeit, bekommen.

Mit *Vandervelde* iſt eine der bedeutendſten Geſtalten des Sozialismus der Blütezeit geſchieden. Eine durchaus reine Geſtalt: aus der Fülle des Reichtums an Geld und Geiſt iſt er zum Proletariat gekommen und hat ihm mit großer Treue gedient. Auch eine Geſtalt von großer menſchlicher *Weite* und *Freiheit*: Vandervelde hat in der Blütezeit des Marxismus einen ungewöhnlich offenen Blick für die Bedeutung von Problemen gehabt, die man damals verkannte, für die *Religion* auf der einen und das *landwirtſchaftliche Problem* auf der anderen Seite. Es iſt wohl der gleiche Geiſt, aus dem er ein Vorkämpfer der *Abſtinzbewegung* geworden iſt. Und wieder war es dieſe Gefinnung, die ihn veranlaßte, für ſein Vaterland in den Kampf gegen den Pangermanismus zu treten, der dieſes vergewaltigte. Der marxistiſchen Orthodoxie galt er darum als Reviſionist, alſo für nicht ganz vollwertig. Aber es wiederholte ſich an ihm die reichliche Erfahrung dieſer Zeiten, daß es nicht auf die Credos der Menſchen ankommt, ſeien es religiöſe oder politiſche, ſondern auf das *Herz*. Und ſein ſozialiſtiſches Herz war es, das ihn mit de Brouckère, Rollin und andern gegen die Politik eines Spaak, des vor kurzem ſich über-radikal Gebärdenden, aufſtehen ließ, die allem, was man einſt Sozialismus nannte, ins Geſicht ſchlägt. Mitten in dieſem Kampfe iſt er geſtorben. Gefallen? Jedenfalls

ist er ein bedeutender, mit dem heutigen Maßstab gemessen sogar großer Mensch und ehrenvoller Träger feiner Sache gewesen.

VI. *Kultur.* Aus Kalifornien kommt gute, wenn auch furchtbar verspätete Kunde: *Tom Mooney* hat endlich die Freiheit erhalten. Er ist vor 22 Jahren mit seinem Kameraden *Warren Billings* zur Todesstrafe verurteilt worden, weil er eine Höllenmaschine in einen Demonstrationzug für den Eintritt Amerikas in den Krieg gebracht habe, die mehreren Menschen das Leben kostete. Seine Schuld war so wenig erwiesen, daß jedes rechte Gericht ihn hätte freisprechen müssen. Aber wie im Falle *Sacco und Vanzetti* entschieden nicht juristische, sondern politische Motive. Bloß die Verwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Gefängnis konnte durchgesetzt werden. *Wilson* bemühte sich vergeblich um die Revision des Prozesses. Erst der neue Gouverneur *Olson* wagte zu tun, was längst hätte getan werden müssen. Möge dem Fünfundfünfzigjährigen das Leben noch eine reiche Entschädigung für die im Kerker scheinbar nutzlos verbrachten Jahre gewähren.

Und *Warren Billings*? Wie steht es mit ihm? Und mit seiner Schuld? *Tom Mooney* wolle nicht rasten, bis auch er befreit sei.

Ein Wort der Dankbarkeit sei einem Vergessenen gewidmet, der kürzlich im höchsten Alter gestorben ist: *Eduard Engel* — des Dankes für seine „Griechischen Frühlingstage“ und seine „Deutsche Stilkunst“. Daß er, der Jude, das letztere Buch geschrieben hat, ist typisch: es hat wenige so gute Deutsche gegeben wie die Juden. Ein Jude wiegt auch darin zweihundert Hitler auf.

VII. *Religion und Kirche.* 1. *Protestantismus.* Die englischen Kirchen haben einen Aufruf erlassen, der sich auf die durch „*München*“ charakterisierte Lage bezieht. Kein Wort von der Verfündigung an der Tschechoslowakei (und an Oesterreich), eine Anhäufung von allgemeinen Redensarten, wie sie sonst der englischen Art nicht entspricht. Aber so geht es immer, wenn man sich von dem Boden der *Wahrheit* entfernt.

Die tschechoslowakischen Kirchen haben von *Runciman* Auskunft und Rechenschaft verlangt. Er antwortet mit vollendeter Verlogenheit. Sein Verhalten sei aus lauter Wohlwollen geflossen. Die Tschechoslowakei sei nun viel selbständiger als vorher.

In Deutschland hat diesmal die *heidnische Weihnachtsfeier* in Form des Sonnwendfeuers auf öffentlichen Plätzen eine größere Rolle gespielt als bisher.

2. *Katholizismus.* In *Rußland* seien wieder allgemeiner die *Weihnachtsbäume* angezündet worden.

In *Barcelona*, natürlich auch im übrigen republikanischen Spanien, wurden, wie schon anderwärts berichtet ist, an Weihnachten wieder in Hunderten von Kirchen Messen gefeiert. Francos Engel gaben dazu die Begleitmusik durch Abwerfung von Bomben. — Auch die Einrichtung eines *Kultuskommissariates* ist schon erwähnt.

Der *Papst* hat sich neuerdings mit einer, bei einem Manne in diesem Alter und von dieser körperlichen Schwäche erstaunlichen und bewunderungswürdigen Energie gegen den *italienischen Antisemitismus* ausgesprochen und den Erzbischof Schuster von Mailand (der freilich von der Abessinienfrage her wenig rühmlich bekannt ist) in Schutz genommen. Ein ernsthafter Konflikt mit dem Faschismus scheint sich anzubahnen. Auch der Erzbischof von Bologna, Kardinal *Nasalli*, erregte den Zorn der Faschisten.

Aus *Deutschland* werden allerlei Anzeichen des neuen *Vorstoßes gegen die römisch-katholische Kirche* angekündigt, der vor allem auch ein *Raubzug* wäre. Für Kirche und Christentum kann man sich nichts Besseres wünschen.

Zur schweizerischen Lage.

Zürich, 10. Januar 1939.

Zum Unterschied von der Weltpolitik hat die schweizerische über Weihnachten und Jahreswende ihre trêve des confiseurs gehabt. Doch hat sich seit der Abfassung der letzten Erörterung zur schweizerischen Lage immerhin einiges ereignet, das eine gewisse Bedeutung besitzt.

1. Eines hat sich wiederholt, das mit der Regelmäßigkeit der Kalenderereignisse eintritt: Wenn man am Tage nach Weihnachten die Zeitung aufschlug, dann sprang einem darin entgegen — das *Militärtableau*, das Verzeichnis der militärischen Kurse des Jahres 1939 nebst den getroffenen militärischen Beförderungen. Das ist also die Frucht des Christbaumes, das Echo auf den Schwall von „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und an den Menschen ein Wohlgefallen“ der vorangehenden Tage! Das krassste Gegenteil von alledem! Man kann auch an einer solchen Tatfache zweiten Ranges die ganze traurige Lüge erkennen, zu der unser offizielles Christentum geworden ist.

Und dann ging es mit dem *Militärskandal* weiter, der schon vorher ausgebrochen war. Ich meine den Streit der Säulen unserer Armee über *die oberste Führung*, über den „Friedensgeneral“ und das Militärdepartement. Nicht das ist ein Skandal, daß überhaupt gestritten wird: ein ehrlicher Streit ist überall besser als ein falscher Friede, aber der *Geist*, worin das getan wird, ist es. Es ist damit freilich nur offen zutage getreten, was der Schreiber stets als Tatfache angenommen hat: der Mangel an wirklichem Gerüstfein auf den sogenannten Ernstfall, trotz den gewaltigen Ausgaben dafür, und vor allem der Mangel an *Führung*. Wir dürfen, soweit man jetzt die Sachlage beurteilen kann, ebensowenig mit einer militärischen Führung rechnen, die Vertrauen einflößte, als wir mit einer politischen rechnen dürfen. Als besonderen Mangel habe ich immer die *Uneinigkeit* der obersten Führer vorausgesetzt, bedingt durch fachliche Gegenätze, aber auch durch Ehrgeiz und Eifersucht.

Nun dürfte man vielleicht annehmen, da diese Mängel nun schon jetzt, während des Friedens, so offen hervorgetreten seien, könnten sie gehoben werden, bevor der sogenannte Ernstfall eintrete; das Geschwür sei aufgegangen und der Körper damit gefundet. Das könnte man vielleicht hoffen, wenn sich *eine* Voraussetzung erfüllte: das Auftreten eines wirklichen, überragenden Führers, dem die anderen sich willig fügten. Wobei freilich die Frage übrig bliebe, ob unser Kultus der Mittelmäßigkeit einen solchen ertrüge und nicht erst recht alle kleinen Eitelkeiten sich gegen ihn erheben.

Der grundsätzliche Streit dreht sich darum, ob schon im Frieden ein General für den sogenannten Ernstfall gewählt werden solle, der so Gelegenheit hätte, sich in seine Aufgabe hineinzuleben. Diese Frage hat eine technische und eine politische Seite. Was die *technische* anbetrifft, so ist es nicht meine Aufgabe, darüber zu urteilen und man wird mir auch die Kompetenz dafür abprechen. Aber *eine* Bemerkung möchte ich mir, in Demut ersterbend, doch erlauben: Könnte es nicht auch so gehen, daß dieser „Friedensgeneral“ sich gerade *nicht* als der rechte Mann erwiesen hätte, man aber nicht wagte, ihn auf die Seite zu stellen? Könnte nicht sozusagen im letzten Augenblick der *rechte* Mann auftauchen? Ich halte dieses Bedenken für sehr gewichtig. Sollte es nicht notwendig sein, mehr als einem Manne die Möglichkeit zu gewähren, sich in die Aufgabe eines obersten Führers hineinzufinden? Wäre ein kollegiales System nicht besser? Das scheinen mir Argumente, die auch ein Laie geltend machen dürfte.

Entscheidend aber ist für mich der *politische* Einwand, der als solcher natürlich auch militärisch entscheidend sein muß: Eine Art General in Friedenszeiten schlägt allen unseren demokratischen Traditionen ins Gesicht. Es würde sich an ihn ein Rattenschwanz hängen, dessen Schädlichkeit diejenige des heutigen Modus unendlich überträfe. Auch hätten wir an einem solchen „General“ vollends die Verkörperung eines *Militarismus*, der die Aufhebung der alten schweizerischen Demokratie bedeutete. Und welch ein ewiger Streit zwischen ziviler und militärischer Macht entstände dann fast mit Sicherheit! Wobei die zivile wahrscheinlich den kürzeren zöge. Auch das Gespenst eines faschistischen Staatsreiches tauchte dann im Hintergrund auf. Darum möchte ich, nicht als Antimilitarist, sondern in diesem Falle aus meiner ehemaligen Militärfreundlichkeit heraus, sagen: Wollt ihr die Armee, die militärische Landesverteidigung und die Schweiz vollends zugrunde richten, so schaffet euren „Friedensgeneral“.

Ich bin also in diesem Falle mit Minger einverstanden. Vielleicht hat er doch noch ein Gefühl dafür bewahrt, was für die demokratische Schweizerart paßt und was nicht.

Zu dem ganzen Streit aber noch eine allgemeine Bemerkung: Sollten diese erschreckenden Enthüllungen der wirklichen Sachlage nicht eine Warnung davor sein, das Vertrauen auf die Rettung der Schweiz so geistlos und — gottlos bloß auf die militärische Rüstung zu setzen?

Inzwischen geht freilich der Tanz zum Abgrund hin fieberhaft weiter. Kaum sind die Jubeltöne und Glockenklänge, welche die Annahme der Wehrvorlage von 635 Millionen feierten, verhallt, so kommt schon wieder eine von 350 Millionen mit einer Perspektive auf eine Milliarde, bei der es aber auch nicht bleiben wird. Eine Wehrsteuer soll einen Teil der Kosten einbringen. Die Großbesitzer aber zeigen wenig Neigung, deren Hauptlast auf sich zu nehmen; sie sind lieber Träger des Patriotismus! Die Demagogie bemächtigt sich der Sache. Für die sozialen Folgen dieses Sachverhaltes ist folgende Mitteilung lehrreich: Der Bund hat bisher an die Betriebskosten der *Unfallversicherung* 50 % und dazu 25 % an die Prämien für die Nichtbetriebsunfälle gezahlt. Nun zahlt er nicht nur diese Beiträge nicht mehr, sondern nimmt auch noch 450 000 Fr. als Entschädigung für die Minderausgaben für Auswärtige in Anspruch. So berichten die sozialistischen Blätter, offenbar, um zu zeigen, daß der Hund auch noch bellen könne, aber sie hüten sich wohl, auf den Zusammenhang dieser Tatsache mit den Militärausgaben hinzuweisen, sondern fordern sogar selber zu deren Vermehrung auf.

Und nun sollen im nächsten Jahre die „pädagogischen“ *Rekrutenprüfungen* wieder kommen. Sie bilden, so wie *heute* die Dinge liegen, auf *dieser* Linie die Vollendung der Militarisierung. Die Schule läuft in die Kaserne aus, Pestalozzi wird von Wille überboten. Eine Schule, die sich nicht dagegen erhebt, ist ein furchtbarer Abfall von Pestalozzi; sie tut gut, dessen Bild durch dasjenige Willes zu ersetzen.

2. Wenden wir uns nun einer anderen Linie der schweizerischen Entwicklung zu. Wie steht es mit den Nachwirkungen der *Bundesratswahl*? Es gab ja eine Zeitlang große Aufregung. Man hätte allfällig annehmen können, die Sozialdemokratie werde sich besinnen, ob ihre bisherige Politik des Hintarrens auf den Bundesratsfessel und der dadurch bedingten schweifwedelnden patriotisch-bürgerlichen Bravheit nicht eigentlich Fiasko gemacht habe. Es wurden denn auch einige Stimmen dieser Art laut. Aber sie verhalten sofort. Die Drahtzieher jener Politik müßten ja andere sein, als sie sind, wenn sie einer solchen Einsicht und Umkehr fähig sein sollten. „Im Gegenteil: erst recht brav sein! Man hat ja gesehen, daß man damit *beinahe* einen Bundesratsfessel erhascht hätte. Wenn wir nun — nach der Anweisung der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ — *noch* braver sein werden, dann werden wir ihn das nächste Mal sicher bekommen.“ Man tadelt heftig die Genfer Sozialisten, die bei der Abstimmung über den Finanzartikel und anderen Anlässen die Parteidisziplin gebrochen hätten. (O diese Parteidisziplin — für die andern!) Man verwirft die Initiative für die Schaffung eines Verfassungsgerichtshofes, ohne für den darin enthaltenen Grundfatz eine andere Gestaltung zu suchen. Man fordert mehr Eifer in der „Landesverteidigung“. Aber weil man im ersten Zorn damit gedroht hat, muß man nun die Initiative für die Volkswahl des Bundesrates doch in Szene setzen.¹⁾

Das alles ist — um vom letzten Punkte abzusehen — trostlos. Immer wieder erkennt man: Mit *dieser* Form des Sozialismus ist es vorbei. Aber es ist nicht etwa so, daß nun die *kommunistische* Politik besser wäre. Sie ist noch eher schlimmer, weil noch weniger ehrlich. Dieses einzige Rezept für alle Uebel: die Einheit der Arbeiterbewegung, die man doch an entscheidender Stelle selbst zerfchlagen hat

¹⁾ Inzwischen hat man mit dem (übrigens moralisch wohlverdienten) Ausschluß des Parteipräsidenten *Oprecht* aus der Finanzkommission wegen der Affäre Hagenbuch einen neuen Lohn für die Bravheit und eine neue Probe dieser Art von „Verständigung“ bekommen. 13. I.

und durch Unwahrheit immer wieder verhindert! Diese patriotische, militärische, bürgerliche Bravheit! Dieses übermenschlich geduldige Hinnehmen der Fußtritte der Verachtung von seiten der Sozialdemokratie, die *hier* nun plötzlich sehr hochnützig wird und als Bedingung der Einigung die *Auflösung* der kommunistischen Partei fordert! Dann wieder dieser Streit zwischen Sozialisten und Kommunisten wegen dem Empfang der Spanienkämpfer! Alles miserabel, miserabler, am miserabelsten! *Wer steckt endlich, innerhalb der sozialistischen Bewegung, die Fahne des wirklichen, des alten und neuen Sozialismus auf?*

3. Um nun auf die *Volkswahl des Bundesrates* und andere formal-politische Vorschläge zu kommen, so ist es noch nicht nötig, zu jener endgültig Stellung zu nehmen. Der Schreibende ist stimmungsmäßig *dafür*. Er ist geneigt, zu denken, schlimmer als der jetzige Zustand könne es im schlimmsten Falle bei der Volkswahl nicht werden. Aber die rechte Gestaltung des Grundsatzes will freilich ernst und reiflich überlegt sein, damit wir nicht doch vom Regen in die Traufe kommen. — Aehnlich ist wohl über das *Verfassungsgericht* zu urteilen. Es ist, als Korrektur des jetzigen Zustandes, recht. Auch das Prinzip, daß über aller Politik das *Recht* stehe, ist wahr und wichtig. Irgendwie muß es zur Geltung gebracht werden. Ob die Form des vorliegenden Initiativvorschlages vollkommen der heutigen Lage entspricht, kann der Schreibende nicht mit Sicherheit beurteilen. Er stimmt dennoch *Ja*.

Es gilt im übrigen von allen diesen und verwandten Fragen: ohne einen veränderten *Geist* nützen veränderte *Formen* nicht viel.

4. Und nun wäre wieder von diesem Geiste zu reden. Ein Ausdruck davon ist wohl das neue *Staatschutzgesetz*, oder, wie es genauer heißt: „Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie.“

Was ist davon zu halten? Man hat nirgends von einer ernsthaften Opposition gehört. Alles, was Opposition machen müßte, ist wie bezaubert durch den Wahn, nun werde es den Nazis und den „Erneuerern“ an den Kragen gehen. Darüber vergißt man ganz, daß in diesem Gesetz ein Stück *Faschismus* steckt: daß es dem Bundesrate das Recht gibt, welches ihm die Verfassung keineswegs gibt, mit schweren Geld- und sogar Gefängnisstrafen gegen solche vorzugehen, die nach seiner Auffassung „die äußere und innere Sicherheit des Landes“ gefährden. Also ein Stück Diktatur mehr zum „Schutze der Demokratie“! Und was läßt sich nicht alles in jene Formel legen! Erstaunlich und für den Rückgang des demokratischen Geistes in unserem Volke kennzeichnend ist, daß fast nur die reaktionäre welche Presse sich aus Föderalismus dagegen wehrt.¹⁾

Nun könnte man freilich einwenden, das Gesetz richte ja seine Spitze gegen die Nazi, die deutschen und die schweizerischen, und dazu etwa gegen die Kommunisten, keineswegs aber gegen ruhige, brave und gehorfame Bürger, wie etwa Sozial- und andere Demokraten. Der Schreibende hat selbst *letztes* Mal auf einige gute Bestimmungen des Erlasses gegen eine allzu gemeine *antisemitische* Propaganda hingewiesen. Obschon er nicht meint, daß man den Antisemitismus durch die *Polizei* überwinde, so gibt es doch Formen seiner Agitation, die man auch polizeilich nicht dulden darf, und wenn der Schreibende auch überzeugt ist, daß man dafür auch bisher die gesetzlichen Handhaben schon gefunden hätte, wenn man das ernsthaft gewollt hätte, so kann es doch nicht schaden, wenn diese Handhaben noch deutlicher und mahnender werden.

Aber nun mache ich auf folgende Tatsache aufmerksam und teile sie der Öffentlichkeit, die davon nichts weiß, mit: Es erscheint in Frankreich seit längerer Zeit ein Blatt, das, als Organ der „Internationalen Liga gegen den Rassismus und Antisemitismus“ den *Kampf* gegen den Antisemitismus führt. Das Blatt heißt: „Le droit de vivre.“ Es kann diesen Kampf natürlich nicht führen, ohne die Träger des Antisemitismus, vor allem Hitler und das Hitlertum, anzugreifen.

¹⁾ Es sei aber auf einen vortrefflichen Artikel von *Dr. Stocker*, dem sozialdemokratischen Parteisekretär, in der „Roten Revue“ aufmerksam gemacht, der ähnliche Bedenken wie der Schreibende ausspricht.

Und nun liegt vor mir ein Brief der Redaktion, der mir mitteilt, daß das Blatt für die Schweiz verboten worden sei. Auf wessen Wunsch, kann man sich denken.

Und nun bedenke man: Das ist meines Wissens die erste Maßnahme, die auf das Gesetz gegen den Antisemitismus folgt: das Verbot einer Zeitung, die den Antisemitismus bekämpft.

Diese Tatsache beleuchtet aber grell den Sinn dieses Staatsschutzgesetzes. Sie bestätigt, was die Bekämpfer solcher Gesetze stets erklärt haben: Diese Gesetze scheinen sich, wenigstens teilweise, gegen rechts zu kehren, werden aber vor allem gegen links angewendet.

Ich führe zur Erläuterung dieser Sachlage noch ein weiteres Beispiel an, das viel zu wenig bekannt ist. Von dem Verbot des „Journal des Nations“, das für den Völkerbund kämpfte, haben wir genug geredet. Aber nun muß man wissen, daß in Genf auch ein Organ erscheint, das gegen den Völkerbund arbeitet, und mit welchen Mitteln! Es wird auch nicht von Schweizern redigiert, sondern von Auswärtigen. Das Organ heißt ironischerweise: „Völkerbund“. Es dient dem Nazismus, dem Todfeind der Schweiz. Dieses Blatt wird nicht verboten! Brauche ich dazu noch etwas zu sagen?

Es seien aber in diesem Zusammenhang noch zwei weitere Tatsachen angeführt. Ein Weihnachtsaufruf der „Tatgemeinschaft der schweizerischen Jugend“ durfte nicht durch das Radio verbreitet werden, dieses Radio, das täglich völlig ungehindert für das Dritte Reich Propaganda macht. Warum? Weil er diesem auf die Nerven gehen könnte. „Landesverteidigung!“ Und dann die Niederlassung des *Canisianum*. Das *Canisianum* ist ein Jesuitenkolleg, das von Innsbruck nach Sitten verlegt worden ist. Es wird zwar behauptet, daß keine Jesuiten als Lehrer mitgekommen seien, aber darüber, daß es eine jesuitische Institution ist, kann gar kein Zweifel bestehen. Damit aber verstößt es gegen das Jesuitengesetz.

Und nun möchte ich recht verstanden werden. Ich bin durchaus für eine recht orientierte Verständigung mit unseren katholischen Miteidgenossen. Darum bin ich nicht nur gegen das Klosterverbot (d. h. das Verbot von Neugründungen von Klöstern), sondern auch gegen das Jesuitenverbot. Ich bin dagegen auch aus Gründen eines wirklichen Liberalismus. Aber nun meine ich nicht bloß, man solle ein Gesetz entweder aufheben oder halten (den Vorbehalt des *Gewissens* ausgenommen), sondern lege besonders Protest ein gegen die Art und Weise, wie man unter der Anleitung des Nuntius und seines Freundes Motta so unter der Hand, die Betäubung der Gemüter benutzend, dem römischen Katholizismus Position um Position einräumt. Das ist nun jesuitisch im üblen Sinn des Wortes. Und noch übler ist der Köder, den der Pfarrer Oefsch den Protestanten hinwirft: *Das Kollegium werde den Fremdenverkehr mehren!* Das heißt nun Ignaz von Loyola mit Wilhelm Hotel(l) kombinieren.

Und ich hebe eines besonders hervor: Diese Gefälligkeit gegen die Jesuiten sticht allzustark ab gegen die Unmenschlichkeit der Praxis gegen emigrierende Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Juden, wie sie immer wieder von den gleichen Stellen geübt wird.

5. Inzwischen geht der planmäßige Vorstoß des Dritten Reiches in die Schweiz weiter. Er nimmt auch gemeine Formen, Göring-Formen, an: „Diese Zwerge [auch Holland und andere „Kleine“ sind gemeint] fallen uns lästig. Die sollen doch beim Käse bleiben.“ Schlimmer ist die Art, wie man uns immer wieder bei unserer „umfassenden Neutralität“ zu fassen sucht. Wird man endlich merken, wohin wir mit dieser gelangt sind? Oder gar in Prahlereien über die Vorzüge unserer jetzigen Lage verfallen, wo wir nur auf Gott und uns selbst stünden? Auf Gott? Gibt es etwa einen „schweizerischen Gott“, den wir gepachtet hätten, wie die Deutschen den „deutschen Gott“? Gibt es nicht Bedingungen des Sichstellens auf Gott allein?

Mit der Außenpolitik befaßten sich auch zwei Reden von Baumann und Motta in der Bundesversammlung, die durch Interpellationen veranlaßt waren. Die von Baumann war diesmal, so viel ich sehe, recht. Aber Motta! Nicht nur leugnete er

im wesentlichen die Gefahr ab, die uns vom Nazismus in und außer der Schweiz droht, sondern er wendete sich auf eine Art, für die das Wort unritterlich zu schwach ist, besonders gegen *Madame Tabouis*, die bekannte Mitarbeiterin von „L'Oeuvre“, angeblich, weil sie jenen Bericht über den von dem Gauleiter Bibra an der deutschen Gefandtschaft in Bern ausgearbeiteten Plan, der eine völlige Aufteilung der Schweiz in Aussicht nehme, in ihrem Blatte gebracht hätte. Sie hatte ihn aber aus „News Chronicle“ geschöpft. Gegen dieses Blatt hätte Mottas heilige Entrüstung sich wenden müssen. Aber nun muß man wissen, daß Madame Tabouis, die Tochter des berühmten einstigen französischen Gefandten in Berlin, Paul Cambon, schon oft die Rolle, die Motta besonders in Genf spielte, so charakterisiert hat, wie er es verdiente. Mottas beschimpfender Erguß gegen sie war also ein ganz gewöhnlicher Ausfluß eines persönlichen Ressentiment. Mag man an Madame Tabouis als Journalistin dieses und jenes aussetzen, so hat sie jedenfalls eine solche Behandlung nicht verdient. Und man bedenke dazu, wie von dem gleichen Manne Andere behandelt werden. Freilich nicht Kommunisten. Denn für Nationalrat Bodenmanns Interpellation, die einfach auf die vom Presse-Nazismus drohende Gefahr hinwies, ohne übermäßige Schärfe, hatte er nur die Losung: „Brunnenvergiftung!“ Wobei die Frage entsteht, wer den Lebensbrunnen der Schweiz vergiftet: ob der, welcher die Wahrheit aufdeckt, oder der, welcher sie zudeckt?

Aber nun noch das, wenn nicht Gefährlichste, so doch Häßlichste: Es scheint nachgewiesen zu sein, daß einige Organisationen unserer „Erneuerer“: der „Bund echter Eidgenossen“, „Der Schweizerdegen“, die „Eidgenössische soziale Arbeiterpartei“ sich direkt in den Dienst der *deutschen Spionage* gestellt haben. Diese Tatsache steht am Eingang des neuen Jahres der Schweiz. Sie zwingt beinahe zu der Frage: Wird es das letzte sein?

Eines drängt sich mir und anderen stets wieder als Notwendigkeit auf: *ein freier Zusammenschluß derer, welche die Gefahren der Schweiz sehen, besonders die von oben kommende, und auch über den Weg der Rettung im allgemeinen einig sind, aber nicht von Organisationen und Parteien und von nicht zu Vielen, zu einer Aktion auf Grund eines einfachen, realisierbaren Programms.* Sollten wir dafür die Kraft und den Geist nicht mehr haben? Sollten wir dafür zu klein, zu apathisch, zu skeptisch, zu egoistisch sein? Dann bliebe nur Gericht und Katastrophe übrig.

*

Tiefes äußeres Dunkel lag um die Jahreswende wiederholt auf der Erde. Schwer hängen die geistigen Wolken über der Schweiz. Wolken des Gerichtes? Was wird uns 1939 bringen? Was auf der Oberfläche geht, ist hoffnungslos. In der Tiefe aber regt sich neues Leben. Wird es rechtzeitig aufbrechen, um uns vor der Katastrophe zu *bewahren*? Oder wird es erst *nach* der Katastrophe die neue Schweiz schaffen?

Nur eines steht fest: *Wenn wir den Weg Gottes gehen, so werden wir gerettet!*
Nur dann! Dann aber gewiß!

Du fragst aber vielleicht: Welches ist der Weg Gottes?

Ich antworte: Das *wissen* wir im Grunde alle. Wir kennen diesen Weg schon. Die Frage ist bloß, ob wir ihn gehen *wollen*.

Von der Gemeinde der Verewigten.

Mit Frau Professor *Susanna Orelli*, die nun, dreiundneunzigjährig, aus noch völliger geistiger Klarheit und Rüstigkeit weg, von uns gegangen ist, verlieren auch die „Neuen Wege“ und ihr Redaktor eine treue Freundin, die ihren Kampf mit der warmen Teilnahme ihrer großen Seele verfolgte. Wir werden ihr auch dafür eine tiefe Dankbarkeit bewahren. Mit ihr ist eine Frau von uns gegangen, die wie ein mächtiger, segenspendender Baum in unserem Lande stand.

Noch mehr als ihr großes, segnendes und gesegnetes Werk, die Alkoholfreien Restaurants, Gemeindestuben und Gemeindehäuser, war sie selbst. Vor dem Bilde dieser Frau mußte einem der Gedanke kommen: Wenn wir einen *Mann* von dieser